

## **Antrag an den Landesparteitag Die Linke. NRW am 16.-17.11.2024**

### **Änderungsantrag zum Leitantrag**

Im Leitantrag wird nach „zu verwirklichen“ in Zeile 98 folgender neuer Absatz eingefügt:

#### **Wir sind die antimilitaristische Friedenpartei – auch vor Ort**

Die brutalen Kürzungen im Bundes- und Landeshaushalt, getragen von allen bürgerlichen Parteien, sind die Folge einer Kanonen-statt-Butter-Politik. Das hat direkte Folgen für die Kommunen in NRW: die Sozialhaushalte werden massiv gekürzt, weitere Schwimmbäder, Museen, Jugendeinrichtungen und Vieles mehr sind in Gefahr, die Obdachlosenhilfe wird gekürzt, Sprachkurse für Migrant:innen oder auch die Förderung von guter Arbeit für Menschen mit Behinderungen. Die Armen sollen Krieg und Aufrüstung bezahlen.

Wir organisieren deswegen den Widerstand gegen Militarisierung und Aufrüstung vor Ort:

- Wir beteiligen uns an örtlichen Friedensinitiativen oder gründen sie mit
- Wir demonstrieren gemeinsam mit der Friedensbewegung gegen die Bundeswehroffiziere an den Schulen
- Wir wenden uns in Anträgen und Aktionen gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens
- Wir beteiligen uns an der Vorbereitung und Durchführung des Ostermarsches
- Wir thematisieren die zivilmilitärische Zusammenarbeit
- Wir unterstützen Aktionen gegen die Wehrpflicht
- Wir zeigen immer wieder den Zusammenhang zwischen Aufrüstung und Kürzungen im Sozialbereich auf – ganz konkret und vor Ort.

## **Begründung:**

Erst vor kurzem wurden wieder -so nebenbei – von Bundeskanzler Scholz Taurus-Raketen im Werte von über 2 Mrd. EURO bestellt. Die bürgerlichen Parteien überbieten sich darin, immer mehr Rüstungsausgaben zu fordern. Und Alles wird finanziert über Kürzungen im Sozialhaushalt, Erhöhung von Steuern und Beiträgen. Das Bürgergeld soll gekürzt werden, Renten nicht mehr erhöht. Die Armen sollen den Krieg finanzieren.

Die Landeswohlfahrtsverbände haben am 19. September haben in einem umfangreichen Papier die Kürzungen im Sozialbereich des geplanten Landeshaushalt NRW scharf kritisiert: Insgesamt werden 83 Millionen EURO in folgenden Bereichen gestrichen:

- in der sozialen Beratungs- und Unterstützungsstruktur, wie der Berufseinstiegsbegleitung und der Suchthilfe
- im Bereich Alter und Pflege sowie im Bereich Migration, Flucht und Integration.
- Familiendienste und Familienhilfe,
- Unterstützung und Hilfe für Menschen mit Behinderung sowie Armutsbekämpfung.

## **Der Antrag wird gestellt von:**

Die Linke KV Recklinghausen

Die Linke KV Unna

Die Linke KV Coesfeld

Die Linke KV Siegen-Wittgenstein

Die Linke KV Herford

Die Linke KV Düsseldorf

DIE Linke KPF NRW

Otto Ersching, Delegierter LAG GeSo

Nina Eumann, Delegierte KV Bochum

Inge Höger, Delegierte KV Herford

Frederick Heinz, Delegierter KPF NRW

Nils Böhlke, Delegierter LAG Betrieb und Gewerkschaft

Ulrich Thoden, Delegierter KV Münster

Michaele Gincel-Reinhardt, Delegierte KV Mettmann

Waltraud Henzel, Delegierte Kreis Recklinghausen